

Erpressung und Widerstand

Der Abschluss bei DaimlerChrysler ist nicht nur eine Niederlage

Nach Siemens hat mit DaimlerChrysler (DC) ein weiterer Großkonzern zum Angriff auf Tarif- und Lohnstrukturen geblasen. Löhne und Arbeitsbedingungen in Deutschland stehen flächendeckend unter Beschuss. Doch der Arbeitskampf bei DC zeigt, dass die Unternehmer nicht unbedingt durchmarschieren können.

Der Generalangriff bei DC kam nicht überraschend. Schon Jahre vorher tönte es aus den Vorstandsetagen, man wolle die sozialen Besitzstände der Belegschaften kappen. Bei DC war es vor allem der Personalvorstand Fleig, der eine 25%-ige Flexibilisierung der Inlandsbelegschaften forderte. Fleig war es auch, der den Interessenvertretern im Gesamtbetriebsrat (GBR) die Leiharbeitsfirmen schmackhaft machen wollte. Während die Produktionsvorstände Hubbert, Petri und auch Weingarten den "guten sozialen Kontakt" mit Betriebsräten pflegten, sollte Fleig die Weichen in Richtung Sozialabbau stellen.

Noch im Oktober letzten Jahres konterte die Betriebsräte-Vollversammlung in Sindelfingen, Sozialabbau und Leiharbeit sei mit den Betriebsräten nicht zu machen. Andererseits war aber - vor dem Hintergrund von massiven Drohungen mit Fremdvergaben - in der Debatte um so genannte Ergänzungstarifverträge für konzerninterne Dienstleistungen der Zug schon weitgehend abgefahren. Im Kern konnte es leider nur noch darum gehen, diese Arbeitsplätze sozial abgedeckt zu retten und weitere, bereits ausgelagerte Bereiche wieder einzugliedern.

Starker Kampf, große Solidarität

Der jetzige Vorstoß von Fleig war und ist keine schnelle ad hoc Aktion gewesen. Er war von langer Hand vorbereitet und geschickt über die bürgerlichen Medien eingefädelt worden. Es waren die konzertierten Aktionen zwischen Politik, Wirtschaft und den öffentlichen Arbeitgebern, die schließlich den sozialen Rückschritt einläuteten. Was in der Tarifrunde 2004 durchsetzbar war, sollte jetzt den Belegschaften wieder abgepresst werden. Der DC-Vorstand griff zu dem brutalsten aller Mittel, dem der Standorterpressung. Hubbert drohte damit, bis zu 10.000 Arbeitsplätze im Inland zu vernichten! Begünstigt wurden diese Manöver sicher auch durch die Öffnungsklauseln, die bereits Bestandteil des Metalltarifvertrages in Nordbaden/Nordwürttemberg waren.

Die Belegschaften und Betriebsräte bekamen diese Erpressung im Juni auf den Tisch. Immer stärker wurde dabei argumentiert, dass die neue C-Klasse, die Baureihe 204, in Bremen und Südafrika deutlich billiger herstellbar ist als in Sindelfingen. Aus der bitteren Erfahrung von bereits zwei überlebten und erlittenen Maßnahmenkatalogen heraus war der Belegschaft in Bremen klar, dass wir unsere süddeutschen Kolleginnen und Kollegen gerade jetzt nicht alleine lassen durften. In Sindelfingen und Bremen wurde deshalb beschlossen, den Widerstand gegen Arbeitszeitverlängerungen, Sozialabbau und Lohnkürzungen gemeinsam

aufzunehmen. Diese Strategie verschaffte nicht nur eine kleine Verschnaufpause, sondern auch die Möglichkeit, über alle Standorte hinweg zum Protest und Widerstand aufzurufen.

Der Vorstand versuchte Ende Juni direkt, die Standorte Sindelfingen und Bremen gegeneinander auszuspielen. In einer eiligst einberufenen Pressekonferenz beklagte Hubbert lauthals die "baden-württembergische Krankheit" und wetterte gegen Feiertage sowie soziale Besitzstände im Tarifgebiet von Nordbaden/Nordwürttemberg. Bremen mit seinen vermeintlichen "Kostenvorteilen" sollte sich, so seine Hoffnung, aus der "Gemeinschaft der Solidarität" verabschieden. Doch diese Rechnung ging bekanntlich nicht auf: Die Bremer Belegschaft, der Vertrauensleutekörper der IG Metall, der Ortsvorstand der IG-Metall sowie die Betriebsräte ließen sich nicht abspalten.

Auf den Betriebsversammlungen, die am 29. Juni in allen DC-Inlandswerken stattgefunden hatten, wurden die Belegschaften nochmals auf die Solidarität unter den Standorten eingeschworen. Darüber hinaus wurde die Solidarität international. Solidaritätsadressen, Telegramme und E-Mails aus aller Welt trafen bei den Betriebsräten ein. Gleichzeitig unterstützten die inländischen Belegschaften weiterhin den Weg, mit dem Vorstand weiter zu verhandeln, um eine langfristige Investitionszusage mit Produktvergaben und gesicherten Arbeitsplätzen zu bekommen.

Am 15. Juli kam es dann zum großen DC-Protesttag. Über 60.000 DC-Beschäftigte nahmen daran teil - eine bisher nie gekannte Größe, Geschlossenheit und Solidarität. In Mettingen wurde sogar eine Bundesstraße blockiert. Wut und Angst hatten zu einer "hochexplosiven Mischung" geführt: "Das Maß ist voll!" und "Dies ist noch nicht das Ende, wir können noch weiter gehen.!" Und in der Tat: Nie war der Zeitpunkt für ein reales Kräftemessen mit dem Vorstand günstiger. Ein einziger Funke hätte einen Flächenbrand auslösen können, weit über die Konzerngrenzen hinaus. Alle Betroffenen waren sich einig: "Wir hätten in dieser Republik mehr als nur einen Ruck ausgelöst!"

Am 23. Juli nachts lag dann ein Verhandlungsergebnis auf dem Tisch, welches in Bremen sofort auf Betriebsversammlungen bekannt gegeben wurde. Es ist ein Kompromiss. Wir haben nicht gewonnen. Das spürten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Andererseits gab es aber auch kein Pfeifkonzert. Alle wussten: Wir haben einen starken Kampf geführt. Die zweite Bevollmächtigte der IG Metall in Bremen konstatierte: "Dies Ergebnis ist kein Ergebnis fairer Verhandlungen!" Die anschließende lebhafteste Diskussion war durchaus kämpferisch. Viele riefen: "Wir wurden erpresst und wir haben uns alle zusammen hervorragend gewehrt!" Starker Beifall und offene Zustimmung drückten die durchaus gute Stimmung aus.

Mehr als ein Achtungserfolg

In Anbetracht dieses Umstandes ist dieser Abschluss mehr als nur ein Achtungserfolg. Das Ergebnis dokumentiert die Stärken oder eben auch die Schwächen unserer Belegschaften und der Betriebsräte, der Vertrauensleute und der IG Metall als Organisation. Es drängt sich schon die Frage auf, warum wir als Gewerkschafter uns noch an die Friedenspflicht gebunden fühlen, wenn hingegen unsere "Vertragspartner" in den Vorstandsetagen diese mit Füßen treten und uns mit Arbeitsplatzvernichtung drohen und erpressen? So aber war bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen mehr "noch" nicht machbar. Dies ist zwar bitter, aber es ist die Realität.

Die Vertrauensleute der größten Halle im Bremer DC-Werk fassten sich indes auch an die eigene Nase: "Sicher, es wäre mehr drin gewesen, aber dann hätten wir alle zusammen noch ne Schippe mehr drauflegen müssen! In diesem Laden gibt's eh keine Ruhe mehr! Wir wissen, dass wir schon bald wieder gefordert werden...!" Dem ist erstmal nichts hinzuzufügen.

Jürgen Drieling

Jürgen Drieling arbeitet seit 1977 bei DC in Bremen. Er ist seit 1981 Mitglied im Betriebsrat; Mitglied in der IG Metall, der "Kollegengruppe" und Redakteur des *KOLLEGENINFOS*, sowie des offiziellen Betriebsratsorgan *PROFIL*.

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen
Zustimmung von a.k.i.

Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich [AutorInnen und ak-Redaktion](#)

analyse+kritik

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

www.akweb.de E-Mail: redaktion@akweb.de